

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Girch-Duender).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 100.

Berlin, Mittwoch, 14. Dezember 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Der Schwanengefang eines Scharfmachers. — Die Antwort der Bergherren. — Die Arbeiterfamilien im Ausland. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Verbandsgenossen und -Genossinnen!

Unser Ruf: „Werbt freiwillige Abonnenten für den „Gewerksverein!“ darf jetzt nicht verstummen. Der Quartalswechsel naht. Da gilt es, die Säumnigen an ihre Pflicht erinnern, die Geizrigen zu rastloser Werbearbeit immer und immer wieder anspornen.

Der Abonnementspreis für das Verbandsorgan, 75 Pfg. für das ganze Quartal und 18 Pfg. Bestellgeld bei freier Lieferung ins Haus, ist derartig niedrig bemessen, daß die übergroße Mehrzahl der Verbandsgenossen das kleine Opfer wohl bringen und auf den „Gewerksverein“ abonnieren kann. Wer aber jederzeit im wirtschaftlichen Kampfe seinen Mann stehen will, der kann das Verbandsorgan nicht entbehren.

Darum wenden wir uns wiederholt an alle diejenigen, die den Wert der Presse für die Agitation erkannt haben. Fordert in jeder Sitzung zum Abonnement auf, schreibt Euch die Namen auf, zieht selbst das Geld ein und bestellt für alle zusammen das Blatt!

## Werbt Abonnenten für den „Gewerksverein“!

## Der Schwanengefang eines Scharfmachers.

Schon vor längerer Zeit brachten wir die Mitteilung, daß der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Dr. Bued ein seines hohen Alters wegen aus dem Amte scheiden werde. Einen rücksichtsloseren Vertreter der Unternehmerinteressen als diesen Mann hat es nie gegeben, und deswegen durften wir auch behaupten, daß die deutsche Arbeiterchaft ihm keine Träne nachweinen wird. Wie recht wir hatten, zeigt der Tätigkeitsbericht, den Herr Bued auf der in diesen Tagen abgehaltenen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zum letzten Mal erstattet hat. Offenbar hat der Scheidende die Gelegenheit benutzen wollen, sein politisches Testament niederzuliegen und noch einmal den Versuch unternommen, alles anzubieten, daß seine Anschauungen auch künftighin für die Haltung der von ihm vertretenen Organisation maßgebend sind.

So offenerzig und unvorhergesehen hat wohl kaum jemals ein Scharfmacher seine Gedanken zum Ausdruck gebracht. Nach einem schwunghaften Symptom auf die gegenwärtige Wirtschaft und Hochschutzzollpolitik wandte sich der Redner scharf gegen die Sozialdemokratie, um sich dann mit der Arbeiterbewegung überhaupt zu beschäftigen. Die früher vom Redner vertretene Ansicht, daß selbst die stärksten Berufsorganisationen der vereinigten Arbeitgeberchaft gegenüber nicht bestehen könnten, hat er aufgegeben. Die großen wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres haben ihn eines anderen belehrt. Die Aussperrung im Baugewerbe

bedeutet für ihn eine Niederlage der Arbeitgeber. Das Eingreifen der Reichsbehörde war auch in diesem Falle verfehlt. Bei solchen Kompromissen zieht der Arbeitgeber immer den Kürzeren. Die Arbeiter haben nichts weiter zu tun als möglichst hohe Forderungen zu stellen. Bei der Vermittlung werden sie dann schon das durchsetzen, was sie in Wirklichkeit wollen. Auch in dem Verlauf des Verstarbeiterkampfes sieht Herr Bued eine Niederlage der Unternehmer. Gäßen sich diese zur Aussperrung von 460 000 Metallarbeitern entschließen können, so wäre der Sieg auf ihrer Seite gewesen. Denn da handelte es sich um zwei Millionen Mäuler, die täglich geäußert werden müßten. Die Geldmittel der Organisationen wären bald draufgegangen und die Arbeitgeber liegend gewesen. Auch die Vorgänge, die sich beim Straßenbahnerstreik in Bremen abspielten, haben deprimierend auf Herrn Bued gewirkt.

Die Urkräften für diese nach der Meinung Buedes so unerfreulichen Erscheinungen liegen in der mangelnden Einigkeit der Unternehmer und weiter darin, daß ihnen die Einigkeit in die Verhältnisse fehlt. Auch ihre Eiferwilligkeit läßt zu wünschen übrig. Deshalb ist es unbedingt notwendig, unter Überwindung der aus kleinlichen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich zuzusammenschließen in dem festen Willen, große Opfer zu bringen und in der unerwiderlichen Absicht, die Organisation der Arbeiter niederzuzwingen, zu zerhacken, zu vernichten. Ein anderes Ziel könne es nicht geben.

Denn jagt Dr. Bued gegen die Kathedroschulung vom Redner, die nach ihm daran schuld sind, daß eine „eigentlichkeitssozialistische Geistesrichtung“ in unserer Wissenschaft und Nationalökonomie Platz gegriffen hat und daß in den sozialpolitischen Gegeben der Sozialdemokratie fortgesetzt Vorschub geleistet wird. Das Koalitionsrecht sei bereits zum Koalitionszwang geworden und werde in einer Weise ausgeübt, daß die Arbeitswilligen völlig vogelfrei sind. Deshalb verlangt der Redner das Verbot des Streikpostens; deshalb wünscht er, daß die Regierung mit einer neuen Zuchthausvorlage an den Reichstag kommt, die allerdings anders vertreten werden müßte als die erste. Darauf ist auch die Tatsache zurückzuführen, daß das Direktorium des Zentralverbandes in einer Eingabe zur Novelle zur Strafprozeßordnung schwerere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokratie verlangt hat.

Auf die übrigen Ausführungen des Redners noch einzugehen, liegt kein Anlaß vor. Selbstverständlich erntete er bei seinen Zuhörern stürmischen Beifall, und er hatte auch die Genugtuung, daß eine den Schutz der Arbeitswilligen befürwortende Resolution einstimmige Annahme fand.

Solche Kriegserklärungen an die Organisationen der Arbeiter sind nichts Neues. Von Zeit zu Zeit hört man davon, wenn sie auch nicht so offen und brutal ausgesprochen werden. In diesem Falle aber beansprucht die Sache doch eine größere Bedeutung. Die Rede Buedes bildet nur ein Glied in der Kette der Scharfmacherien, die wir in den letzten Wochen in der gesamten reaktionären Presse haben wahrnehmen können. Die Attentatsversuche auf das Koalitionsrecht werden so systematisch und so hartnäckig unternommen, daß sich die Befürchtung doch nicht von der Hand weisen läßt, die Regierung könnte schließlich doch schwach werden, den fortwährenden Einflüsterungen Gehör schenken und die eng begrenzten Rechte der Arbeiter noch weiter zu schmälern versuchen. Allerdings geht gerade jetzt durch die Tagespresse eine Notiz, daß sich der

Reichskanzler v. Bethmann-Sollweg energisch gegen den Plan eines neuen Arbeitswilligen-Gesetzes ausgesprochen habe. Der Kaiser selbst sei dafür zu haben gewesen. Herr v. Bethmann-Sollweg aber habe ihn ungestimmt und für seine Haltung gewonnen. Was sein, daß der Reichskanzler von einem solchen Gesetze augenblicklich nichts wissen will. Seine Ausführungen bei der Staatsberatung im Reichstage müßten den Eindruck auch erwecken. Der Ausfall der letzten Ertragswahlen wird auch auf ihn nicht ohne Einfluß geblieben sein. Wird jetzt noch durch ein Arbeitswilligen-Gesetz weiter Unzufriedenheit in die Kreise der Arbeiterchaft getragen, so würde das auf den Ausfall der nächstjährigen Reichstagswahlen zweifellos die Wirkung haben, daß die Anhänger des Bethmannschen Systems noch mehr zusammenfallen, als dies ohnehin schon geschehen wird. Das weiß der Reichskanzler sehr wohl, und er wird sich hüten, die Mißstimmung und Erbitterung noch zu vergrößern. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben, und was der jetzige Reichstag nicht fertig bringt, das wart man sich vielleicht für den neuen auf, vorausgesetzt, daß keine Zusammenlegung die Einbringung einer neuen Zuchthausvorlage nicht von vornherein verbietet.

Jedenfalls soll man den Einfluß des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nicht unterschätzen. Der Geist Buedes wird in ihm weiter walten, auch wenn dieser Mann nicht mehr an seiner Spitze steht. Deshalb heißt es für die Arbeiter, die Augen offen halten und bei den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen überall ihr Wort mit sprechen. Es gilt dafür zu sorgen, daß der nächste Reichstag in seiner Mehrheit aus Männern besteht, die allen Angriffen auf das Koalitionsrecht energischen Widerstand entgegenzusetzen und vielmehr darauf bedacht sind, daß es einen Ausbau, eine Sicherung erfährt. Möge der Ruf zur Einigkeit, den Dr. Bued an die Unternehmer gerichtet hat, auch in den Kreisen der Arbeiter einen starken Widerhall finden! Möge seine Rede aber auch weiter dazu beitragen, daß die Arbeiter sich ihrer Staatspflichten bewußt werden, überall mit in die Kampfarenen treten und alles draan setzen, daß im neuen Reichstage weder die Strauß- noch die Schlottjunker die Herrschaft haben.

## Die Antwort der Bergherren.

Die Forderungen der Ruhrbergleute sind vom Zechenverbande, wie wir bereits erwähnten, im ablehnenden Sinne beantwortet worden. Auch die Eingabe des christlichen Bergarbeiterverbandes hat keine Gnade vor den Augen der Bergherren gefunden. Unter dem 6. Dezember ist darauf folgende Antwort eingegangen:

An den Vorstand des Gewerksvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

In Verfolg Ihres an den 1. Vorjahres des Zechenverbandes gerichteten Schreibens am 28. November d. J. teilen wir Ihnen folgendes mit:

Wenngleich dem Zechenverband als solchem eine Einwirkung auf die Lohnregelung nicht zusteht, da die Feststellung der Löhne Sache jeder einzelnen Zechenverwaltung ist, die allein mit den bei ihr in Arbeit stehenden Bergleuten Schichtlohn und Gebirge vereinbart und vereinbaren kann, so gestatten wir uns doch darauf hinzuweisen, daß zurzeit die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt deplorabel ungenügend liegen, daß zur Erhaltung des Absatzes — trotz langsam steigender Löhne — wiederum Preisermäßigungen für das nächste Jahr haben beschlossen werden müssen. Ob in diesen für uns alle unerfreulichen Verhältnissen schon eine Veränderung zum Besseren eintreten wird, vermag heute niemand mit Sicherheit zu übersehen.

Auch wir bebauern im Interesse der Belegschaften und ihrer Familien, daß infolge der mit dem Abflauen der letzten Hochkonjunktur eingetretenen Ungunst der

wirtschaftlichen Verhältnisse die Löhne in unserm Bergbaubezirk gegenüber dem hohen Stande des Jahres 1907 zurückgegangen sind. Zumeist darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Bergarbeiterlöhne unseres Bezirkes nicht nur, und überwiegend beträchtlich, höher sind, als in den andern deutschen Bergbaubezirken, sondern daß sie auch, wie aus den Nachweisungen der Berufsgenossenschaften in den 25 Jahren ihres Bestehens hervorgeht, weit mehr gestiegen sind, als die Löhne in andern Berufsweigen, die wohl ohne Ausnahme auch die absolute Höhe der Bergarbeiterlöhne nicht erreichen. Aus der bekannten Zusammenstellung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum, welche die Gliederung der Bergschaften unseres Bezirkes nach Lohngruppen veranschaulicht, ergibt sich, daß im Jahre 1909 von 348 389 Krankentassenmitgliedern einen arbeitstäglichen Verdienst — Löhne unter Abzug aller Kosten für Gewerbe usw., aber ohne Abzug der Beiträge für die Knappschaftskasse — hatten.

von 5.— Mk. und mehr	225 292 oder 64,7 Proz.
von 3,81 Mk. bis 5.— Mk.	74 616 oder 21,4 Proz.
von 3,01 Mk. bis 3,80 Mk.	25 812 oder 7,4 Proz.

Mithin hatten 93,5 Prozent der sämtlichen Krankentassenmitglieder im Jahre 1909 einen arbeitstäglichen Verdienst von 3 Mk. bis 5 Mk. und mehr. Nur 6,5 Prozent aller Krankentassenmitglieder, nämlich 22 689 Leute, erreichten nicht den in Bodum-, Dortmund-, Gelsenkirchen-Land, Hamm-Stadt und -Land, Serne-Stadt, Sattungen, Witten, Hörde, Düsseldorf-Land, Märkisch-Stadt und Romberg für männliche Arbeiter über 16 Jahre geltenden Satz des arbeitsmäßigen Tageslohns von 3 Mk. Unter diesen 22 689 Leuten befinden sich aber, was wohl zu berücksichtigen ist, rund 12 000 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren.

Weiter gibt seit dem Inkrafttreten der Novelle zum Allgemeinen Berggesetz vom 19. Juni 1906, nach welcher für die Beitragsberechnung zur Krankentasse der Lohn über 5 Mk. nicht mehr berücksichtigt werden kann, die Statistik des Allgemeinen Knappschaftsvereins die Lohngruppen nicht mehr in der Vollständigkeit wie bis zum Jahre 1907. Andernfalls würde sich zeigen, daß unter den 225 292 Bergleuten, die über 5 Mk. an arbeitstäglichem Verdienst beziehen, sich eine sehr große Zahl von Leuten befindet, deren Einkommen bis 5,80 Mk. und darüber beträgt. Wie groß die Zahl dieser Leute ist, dafür gibt folgende Tatsache einen Anhalt. Im Jahre 1907 betrug die Gesamtbeschäftigung 309 311 Mann. Davon bezogen einen Lohn von über 5 Mk. 210 076 Mann. Unter diesen befanden sich wiederum

22 589 mit einem Lohn von	5,00—5,40 Mk.
27 243 mit einem Lohn von	5,41—5,80 Mk.
und 160 264 mit einem Lohn über	5,80 Mk.

Nehliche Lohnverhältnisse dürfte, wie angedeutet, kein anderer Bergbaubezirk und kaum ein anderer Industriezweig aufzuweisen haben.

Nicht richtig ist auch, daß, wie in Ihrem Schreiben gesagt wird, im ersten Halbjahr 1910 das Einkommen aller Bergarbeiter noch etwas weiter zurückgegangen sei. Vielmehr macht sich, wie oben bereits angedeutet ist, etwa seit dem Frühjahr dieses Jahres ein Steigen der Löhne bemerkbar. Nach der amtlichen Lohnstatistik, die den Schichtverdienst und den Vierteljahrsverdienst abzüglich aller Kosten und Beiträge für die soziale Versicherung angibt, betragen: der Schichtverdienst (a) und der Vierteljahrsverdienst (b):

	a) aller Arbeiter		der eigentlichen Kohlenbauer und der mit ihnen im Kohngebirge arbeitenden Schläpfer (Gruppe A.)	
	1909	1910	1909	1910
im 1. Vierteljahr	3,21	3,21	3,12	3,29
im 2. Vierteljahr	4,45	4,51	5,25	5,33
im 3. Vierteljahr	4,48	4,57	5,31	5,40

  

	b) aller Arbeiter		der eigentlichen Kohlenbauer und der mit ihnen im Kohngebirge arbeitenden Schläpfer (Gruppe A.)	
	1909	1910	1909	1910
im 1. Vierteljahr	3,27	3,24	3,77	3,71
im 2. Vierteljahr	3,27	3,41	3,76	3,87
im 3. Vierteljahr	3,51	3,61	4,06	4,16

Bezüglich Ihres Wunsches, daß die Auszahlung von Löhnen, welche sehr weit unter dem Durchschnitt stehen, in der Folgezeit vermieden werden möge, glauben wir auf die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich aus den bereits angezogenen Lohnnachweisen des Allgemeinen Knappschaftsvereins ergeben, verweisen zu dürfen. Ein Lohnausgleich, der von der verschiedenen Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der einzelnen Menschen absehen sollte, würde als ein Kennnis des wirtschaftlichen Fortschritts wirken müssen und ist undurchführbar.

Was endlich den von Ihnen geäußerten Wunsch betrifft, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, durch eigene Vertreter etwaige Beschwerden von Arbeitern gegen den Arbeitsnachweis mitunterzulegen zu können und damit eine partielle Instanz zur Untersuchung von Beschwerden zu schaffen, so verweisen wir auf die Tatsache, daß während der ganzen Zeit seit Gründung des Arbeitsnachweises, in der über 180 000 Stellen nachgewiesen worden sind, nur eine einzige Beschwerde eingelaufen ist, die auch von Vertretern der königlichen Staatsregierung gelegentlich der Besichtigung unseres Arbeitsnachweises als unbegründet anerkannt worden ist. Bei dieser Sachlage wird ein praktisches Bedürfnis für eine grundsätzliche Änderung der von uns getroffenen Arbeitsnachweis Einrichtung in keiner Weise anerkannt werden können. Ein näheres Eingild in die Einrichtung und Handhabung unseres Arbeitsnachweises

wird jeden überzeugen, daß ein Bedürfnis für eine Abänderung des Arbeitsnachweises nach der angegebenen Richtung tatsächlich nicht vorliegt.

**Schluss!**

**Jeden-Verband.**

Die Antwort an den allen Bergarbeiterverband, unsern Gewerksverein der Bergarbeiter und die polnische Berufsvereinigung, die sich in gemeinsamer Eingabe an den Jedenverband gewandt hatten, hat folgenden Wortlaut:

Auf die gemeinsam vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Polnischen Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter) und dem Gewerksverein der Bergarbeiter (Süd-Dunder) uns zugestellte Eingabe erlauben wir uns folgendes zu erwidern:

Zu I: Was Ihre Forderung anlangt, am 1. Januar 1911 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 Prozent eintreten zu lassen, so teilen wir Ihnen hierzu mit, daß der Verband deutscher Bergarbeiter einige Tage früher als Sie mit einer ähnlichen Bitte an uns herangetreten ist. Wir haben darauf die hier abschriftlich beigefügte (oben wiedergegebene, D. Med.) Antwort gegeben, aus der sich unsere Ansicht über die Frage einer allgemeinen Lohnerhöhung ergibt.

Zu II: Ihre Forderung, das Verbauen in der Grube nicht mehr im Kostengedinge mit zu berechnen, beantworten wir dahin, daß es unferes Rechtsens aussichtslos ist, hier eine generelle Regelung zu verlangen, weil die Verhältnisse auf den einzelnen Gruben zu verschiedenartig sind.

Zu III: Zu dem Verlangen, die Leistungen der Knappschaftskassen zu erhöhen, erklären wir, daß wir in der Frage der Aufbesserung der Leistungen der Knappschaftskasse nicht zuständig sind.

Zu IV: Was schließlich Ihre Forderung anlangt, unseren Arbeitsnachweis in einen partikulären Arbeitsnachweis umzuwandeln, so verweisen wir auch hier auf das anliegende, dem Verbands deutscher Bergarbeiter gegebene Antwortschreiben.

**Schluss!**

**Jeden-Verband.**

Die Ruhrbergleute hatten sich mit ihrer Eingabe aber auch gleichzeitig an die königliche Bergwerksdirektion in Neudlinghausen gewandt. Auch von dieser Stelle ist jetzt die Antwort eingetroffen, leider ebenfalls in ablehnendem Sinne. Die genannte Behörde schreibt nämlich:

„Wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind gemäß § 180 S. 2 des Allgemeinen Berggesetzes für die selbständigen Schachtanlagen der Verwaltungsbezirke Arbeiterausläufe bestellt. Diese haben unter anderem die Aufgabe, die auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse der Bergwerke sich beziehenden Anträge, Wünsche und Beschwerden der Bergschaft, zu denen wir auch allgemeine Lohnfragen über diese Bergwerke rechnen, zur Kenntnis der Grubenverwaltungen zu bringen. Falls daher in den von Ihnen angegebenen Richtungen Wünsche der Bergschaften der uns unterstellten Anlagen bestehen sollten, bleibt es Ihnen unbenommen, sie durch den Arbeiterauslauf der Bergdirektoren zu unterbreiten. Auf den Inhalt dieser Eingabe einzugehen, haben wir unter diesen Umständen um so weniger Anlaß, als unsere Stellungnahme zu den vorgebrachten Wünschen sich im wesentlichen aus den Verhältnissen unserer Schachtanlagen ergibt, die wir in erster Linie mit den Angehörigen unserer Bergschaften zu erörtern haben. Was den die Erhöhung der Knappschaftskassen betreffenden Teil dieser Eingabe anlangt, so müssen wir eine Verhandlung darüber auch mit unseren Arbeiterausläufen ablehnen. Abgesehen davon, daß wir die Zuständigkeit der letzteren zur Behandlung der Knappschaftsfrage verneinen, sind wir zurzeit auch sachlich nicht in der Lage, zu der Frage der Erhöhung der Leistungen der Kranken- und Pensionskassen Stellung zu nehmen. Diese Frage hängt in erster Linie von der Leistungsfähigkeit der Knappschaftsleistung ab. Ob diese namentlich in der Berücksichtigung der hierfür aufgestellten strengen Grundätze der Knappschaftsnovelle ausreichend ist, um die Deckung für die von Ihnen geforderten erhöhten Leistungen zu gewährleisten, kann nur auf Grund einer genauen vergleichungsmäßigen Prüfung der finanziellen Lage der Leistung festgestellt werden. Zu dieser Feststellung sind wir weder zuständig noch in der Lage. Ihre Forderung, daß das bloße Vorliegen von Ueberschüssen bei den Knappschaftskassen genüge, um darauf eine Erhöhung der Leistungen und entsprechende Erhöhung der Beiträge zu gründen, bedarf faun der Widerlegung. Sollten die Knappschaftskassen, die gesetzlichen Vertreter der Bergarbeiter, ihrerseits eine Erhöhung der Leistungen an zuständiger Stelle beantragen, so werden wir uns einer Mitwirkung bei der Erledigung der Angelegenheit selbstverständlich nicht enthalten.“

Für heute begnügen wir uns mit diesen rein sachlichen Darlegungen. Daß die Bergarbeiterorganisationen sich mit den ablehnenden Bescheiden ohne weiteres abfinden werden, ist nicht anzunehmen. Es wird uns also noch Gelegenheit gegeben werden, die Angelegenheit kritisch zu beleuchten.

**Die Arbeitskammern im Ausland.**

Nachdem der Paragraph über die Wahl der Arbeitersekretäre angenommen worden ist, ist es zwar zweifelhaft geworden, ob der im Reichstag beratene Entwurf über die Arbeitskammern Gesetz wird, es ist aber doch noch immer zu hoffen, daß die Reichs-

regierung den Entwurf, über den so lange Verhandlungen geführt worden sind, nicht ideieren lassen wird. Ein Ueberbild zeigt uns, daß auch im Auslande schon verschiedentlich solche Arbeitskammern oder ähnliche Einrichtungen bestehen. Mit der Errichtung von Arbeitskammern ist zuerst Belgien vorgegangen, und zwar durch ein Gesetz vom Jahre 1887. Als zweiter Staat richteten die Niederlande Arbeitskammern ein. Dies geschah durch ein besonderes Gesetz vom Jahre 1897. Drei Jahre später, im Jahre 1900, wurden in Frankreich durch eine Verordnung des Handelsministeriums Arbeitskammern geschaffen. Da aber diese Verordnung angefochten worden war, so war erst nach die Zustimmung des Staatsrates notwendig, so daß die Kammern erst im Jahre 1904 ins Leben treten konnten. Im Jahre 1908 wurde dann ein besonderes Gesetz über die Arbeitskäte, die französischen Arbeitskammern, angenommen. Die französischen Arbeitskäte oder Arbeitskammern können auf Antrag der beteiligten Kreise oder auch durch Verordnung der Behörden eingesetzt werden. Diese Einrichtungen sollen die wirtschaftlichen und moralischen Interessen der Arbeiter wahrnehmen, Gutachten erstatten, Unternehmungen vornehmen und Material über die Arbeits- und Lohnverhältnisse sammeln. Bei jeder Arbeitskammer bestehen besondere Abteilungen der Arbeitgeber und Arbeiter, die gemeinsam oder unabhängig voneinander beraten können. Jede Abteilung wählt aus sich heraus den Vorsitzenden, bei gemeinsamer Beratung führt der ältere der Vorsitzenden die Verhandlungen. Die Gliederung ist die berufliche. Die Amtsdauer der Mitglieder ist 4 Jahre; das aktive Wahlrecht beginnt mit Zurücklegung des 20. Jahres, das passive Wahlrecht ist an die Zurücklegung des 25. Lebensjahres geknüpft. Unter beiden Voraussetzungen ist auch den Frauen das Wahlrecht zugestanden.

Einen anderen Charakter haben die Arbeitskammern in Italien. In diesem Lande sind sie nämlich nicht durch Gesetz oder Verordnung entstanden, sondern sie sind nur die lokale Zentralisation der Arbeiterverbände. Auch in der Schweiz bestehen einige Arbeitskammern, die in ihrer Zusammenlegung den italienischen Arbeitskammern ähnlich sind. Dagegen bestehen in der Schweiz auch ein paar Arbeitskammern, die auf der Grundlage von gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen entstanden sind. Arbeitskammern wurden weiter noch in Finnland eingeführt. Diese Arbeitskammern sind in den Städten obligatorisch und auf dem Lande fakultativ. Sie können gemeinsam für Handwerk, Fabrikindustrie und Handel eingerichtet werden. Es ist aber auch die Einrichtung von Arbeitskammern für jede einzelne dieser Gruppen, ja sogar für einzelne Berufsweige möglich. Die Wahl geschieht nach dem Proportionalstystem; wählbar sind Personen beiderlei Geschlechts, die über 25 Jahre alt sind. Den Vorsitzenden wählt die Arbeitskammer aus ihren Mitgliedern. Falls keine gelegentliche Wahl zustande kommt, hat die Stadtverordnetenversammlung der in Betracht kommenden Stadt den Vorsitzenden zu wählen. Angelegenheiten, die nur eine Partei angehen, werden gesondert beraten, die einzelnen Kammern können zur Erreichung der vorgelegten Ziele miteinander in Verbindung treten. Als Aufgabe der finnländischen Arbeitskammern wird bezeichnet: die Interessenvertretung der beteiligten Kreise, die Vornahme statistischer Erhebungen, die Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten (es besteht der Verhandlungsprozess und das Verbot, während der Verhandlungen mit Streiks oder Ausperrungen zu beginnen) und die Vornahme ähnlicher Arbeiten.

Die von den Arbeitskammern im Auslande erreichten Erfolge werden zwar als geringfügig hingestellt, doch würden die Arbeitskammern in Deutschland mit seiner starken Industrie und mit seinem regen sozialpolitischen Leben sicherlich ein reichliches Betätigungsfeld finden.

**Allgemeine Rundschau.**

Dienstag, den 13. Dezember 1910.

Mit der Arbeitszeit im Binnenfahrts-gewerbe hat sich der Beirat für Arbeiterstatistik in seiner letzten Zusammenkunft unter Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes Dr. van der Borcht beschäftigt. Den Beratungen lag neben einem Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes über den Einfluß der Dauer der Arbeitszeit auf die Gesundheit der im Binnenfahrts-gewerbe beschäftigten Arbeiter ein Schlussbericht des Geheimen Oberregierungsrat Reumann vor, dem diejenigen Maßnahmen angefügt waren, die dem Reichsfanzler zur Durchführung vom Beirat empfohlen werden sollen. Die von dem Berichterstatter für gewisse Schiffsarten und Schiffsfahrtsgebiete beantragten Bestimmungen

über geschlechtlich vorwärtigende Min-  
destruhezeiten und über Sonntags-  
ruhe wurden vom Beirat einstimmig angenom-  
men. Danach wird empfohlen: Für eigen-  
liche Güterdampfschiffe allgemein  
eine tägliche ununterbrochene Min-  
destruhe von acht Stunden und neben  
der Freigabe je eines der beiden  
Feiertage zu Weihnachten, Ostern und  
Pfingsten die Gewährung von drei  
freien Sonntagen in jedem Viertel-  
jahr für die Besatzung. Ausnahmen sind  
für gewisse Fälle vorgesehen.

Für die Schlep- und Rettendampf-  
(Motor-) Schiffe auf der Elbe, Oder und  
Wartbe wird eine ununterbrochene Min-  
destruhe von sechs Stunden innerhalb je  
24 Stunden als Regel vorgeschlagen und daneben  
die gleichen Bestimmungen bezüglich der Sonn- und  
Feiertage wie für die Güterdampfer. Für Segel-  
schiffe und Schlepplähne, mit Ausnahme  
der Ewer in Hamburg, wird unter Zulassung ver-  
schiedener Ausnahmen eine ununterbrochene tägliche  
Mindestruhe von zehn Stunden in An-  
regung gebracht. Die Regelung der täglichen  
Mindestruhezeit bei den Fahren und bei den  
Personendampf- (Motor-) Schiffen  
soll nach den Vorschlägen des Beirats im Verwal-  
tungswege durch die örtlichen Behörden ermöglicht  
werden, wobei für Fahren eine achtstündige  
Mindestruhezeit und bei Personendampf-  
schiffen, soweit sie lediglich dem sommerlichen Aus-  
flugs- und Reiseverkehr dienen, eine siebenstün-  
dige und, soweit sie der Lokalidifahrt dienen,  
eine achtstündige tägliche Minde-  
struhezeit in Aussicht genommen werden. Als  
Erlaß für Sonntagsruhe wird die Freigabe von  
Wochentagen empfohlen.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission  
ist in die Beratung der Krankenversiche-  
rung eingetreten und hat im wesentlichen die Be-  
schlüsse der ersten Sitzung bestätigt. Nur eine Ände-  
rung hat sie vorgenommen, die als eine weitere  
erhebliche Verschlechterung angesehen werden muß.  
Die Versicherungsgrenze hatte sie entgegen den Be-  
stimmungen in der Vorlage auf 2500 Mark Ein-  
kommen erhöht. Namentlich die Handlungsgesellen  
waren damit nicht zufrieden und wünschten eine  
höhere Gehaltsgrenze. Anstatt diesem berechtigten  
Verlangen nachzukommen, hat die Kommission jetzt  
in ihrer zweiten Sitzung die Gehaltsgrenze sogar  
wieder auf 2000 Mark herabgesetzt.

Ueber die Beiträge in der geplanten Privat-  
beamtenversicherung geht eine Notiz durch die  
Presse, wonach ein durchschnittlicher Beitrag von  
7,4 Prozent des Jahreseinkommens ausreichen  
würde, um die Leistungen der Versicherungsanstalt  
sicherzustellen. Da aber auch die Verwaltungskosten  
und eine die Rechnungsgrundlagen möglicherweise  
übersteigende Invaliditätsgefahr berücksichtigt werden  
müssen, so dürfte ein Beitrag von 8 Prozent  
als angemessen erscheinen. Dabei können die Pen-  
sionsleistungen so eingerichtet werden, daß ihr  
Jahresbetrag im Gesamtdurchschnitt beim Eintritt  
der reichsgerichtlichen Invalidität etwa zwei Drittel  
und beim Eintritt der Berufsunfähigkeit etwa die  
Hälfte des Durchschnittseinkommens erreicht. Es  
empfiehlt sich dabei nach Maßgabe der Beitrags-  
zahlung eine Pensionssteigerung eintreten zu lassen.  
Für die Regelung der Hinterbliebenenbezüge gehen  
die Wünsche der beteiligten Kreise dahin, sie in der-  
selben Art wie bei Reichs- und Staatsbeamten zu  
gestalten. Die Bezüge dürften daher als Teil-  
beträge derjenigen Invalidenpension angesehen wer-  
den, auf welche der verstorbene Ernährer für den  
Fall, daß er zur Zeit seines Todes erwerbsunfähig  
geworden wäre, hätte Anspruch erheben können.  
Nach normaler Beitragsentrichtung würden die  
Witwen der Privatangestellten eine Witwenrente  
von 20 Prozent des Einkommens ihres Ehemannes  
erreichen.

Inwieweit diese Angaben zutreffen, wird  
hoffentlich die allernächste Zeit schon zeigen, da ja  
der Regierungsentwurf in kurzem veröffentlicht  
werden soll.

Arbeiterbewegung. In Worsheim dauert  
der gewaltige Kampf in der Edelmetall-  
industrie fort. Die badische Regierung hat den  
ersten Versuch unternommen, eine Einigung  
zwischen den Parteien herbeizuführen. Die Ar-  
beiter sind auch darauf eingegangen, und ihre Ver-  
treter haben in mehrstündiger Aussprache mit dem  
Regierungsvertreter über die Möglichkeit einer  
Verständigung beraten. Leider aber haben die  
Unternehmer ein ähnliches Entgegenkommen nicht  
gezeigt, sondern ein Erscheinen zu den Einigungs-  
verhandlungen kurzweg abgelehnt. — Auch auf der

Grube Challowik in Oberschlesien, die dem  
Großen Tonnerer gehört, streifen die Vera-  
rbeiter weiter. Sie verlangen jetzt nicht nur  
die Verkürzung der willkürlich verlängerten Ar-  
beitszeit, sondern eine Erhöhung des Lohnes um  
10 Prozent und das Zugeständnis, daß nach Be-  
legung des Kampfes keine Maßregelungen vorge-  
nommen werden. Da die Verwaltung sich weigert,  
mit den Vertretern der in Betracht kommenden Or-  
ganisationen zu verhandeln, ist das Ende des  
Kampfes noch nicht abzusehen. — Der viele Wochen  
dauernde Streik der Caféhauskellner in  
Hamburg ist jetzt aufgehoben worden. Nur  
wenige Caféhäuser haben kleine Zugeständnisse ge-  
macht. Von den am Streik beteiligten Kellnern ist  
noch etwa die Hälfte beschäftigungslos; ihre Stellen  
sind von anderen besetzt worden.

Weitere Mittel für Tabakarbeiter, die durch  
das neue Tabaksteuergesetz gänzlich oder vorüber-  
gehend arbeitslos geworden sind, will die Reichs-  
regierung, wie die „Zidd. Tabakztg.“ an zustän-  
diger Stelle erfahren hat, zur Verfügung stellen.  
Zeit dem 1. Dezember d. J. ruhte diese Entschä-  
digung, nachdem die vom Reichstage bewilligten  
Gelder von insgesamt 4 1/2 Millionen Mark für  
diesen Zweck ausgegeben worden waren. In Re-  
gierungskreisen habe man sich jedoch jetzt von der  
Notlage der Tabakarbeiter, vornehmlich der west-  
fälischen und der lippeischen, die jumeist andere Ar-  
beit nicht finden oder auch nicht leisten können,  
überzeugt. Ueber die Höhe der Summe, die noch  
bewilligt werden soll, ist ein endgültiger Beschluß  
noch nicht gefaßt worden.

Die Erziehbildung der Erbschaftsteuer erweisen  
so recht deutlich die Verhandlungen über die Er-  
bschaftsabfindung zweier verstorbenen englischer  
Millionäre namens Beit und Morrison. Nach Ab-  
zug von Stiftungen im Betrage von über 60 Mil-  
lionen Mark wurde, so wird dem „Tag“ aus Lon-  
don geschrieben, der Rest des zeitlichen Vermögens  
seinerzeit auf weitere 60 Millionen Mark einge-  
schätzt; jetzt aber, wo die Erbschaftsteuer fällig ge-  
worden ist, stellt sich heraus, daß der Nachlaß 161  
Millionen Mark beträgt, von denen 21 Mil-  
lionen in die Kasse des Schatzkanz-  
lers fließen. Morrisons Vermögen war bei  
dessen Tode im Mai 1909 auf etwa 135 Millionen  
Mark geschätzt worden, jetzt aber sind die Erben  
bereit, Abgaben von 220 Millionen  
Mark an die Erbschaftsteuerkasse zu  
zahlen, d. h. einen Betrag von  
etwa 40 Millionen Mark. Natürlich ist  
der Unterschied zwischen der Abfindung kurz nach  
dem Todesfällen und dem heute zugestandenen Wert  
der Erbschaften zum Teil auf mangelnde Kenntnis  
der Vermögenslage zurückzuführen.

Aus diesen Tatsachen erzieht man nicht allein,  
wie erzieht eine vermünftige Erbschaftsteuer ist,  
sondern auch, wie gerade das moderne Großkapital  
sich nicht der Erbschaftsteuer entziehen kann, son-  
dern ganz gehörig bluten muß. Außerdem bildet,  
wie die geschilderten Fälle zeigen, die genaue Auf-  
nahme der Erbmasse zu Erbschaftsteuerzwecken  
eine wirksame Kontrolle der früheren Einschätzun-  
gen zu Vermögenssteuerzwecken. Vielleicht trägt  
gerade der letzte Umstand mit dazu bei, daß unsere  
Konterpartien von einer Erbschaftsteuer nichts  
wissen wollen.

Die Gelben als Unternehmerrückgruppe ge-  
richtlich gebrandmarkt. Die Firma F. S. Sommer-  
sen, A. G., Baumwollspinnerei und Buntweberei  
in Esnaabrid, hatte nach der „Westf. Arb.-Ztg.“  
zugunsten des von ihr im Jahre 1907 gegründeten  
gelben Werkvereins 25 000 Mark der Vereinskasse  
geschenkt, wofür von der Steuerbehörde in Han-  
nover 5 Prozent, also 1250 Mark als Schenkungs-  
steuer gefordert wurden. Seitens des Vereins legte  
man gegen diese Besteuerung Beschwerde ein mit  
der Begründung, daß die Schenkung als sitti-  
liche Pflicht zu betrachten sei und die Firma  
die Summe in der Erkenntnis gegeben habe, daß  
der Verein ohne Bewußtsein nicht in der Lage sei,  
die von ihm verfolgten Zwecke zu verwirklichen. Die  
Schenkungssteuer sei auch mehr als Lohnaufbesserung zu  
betrachten, weil das Geld den Arbeitern zuflie-  
ße. Das Gericht machte dagegen geltend, daß  
die Firma die Schenkung ihres eigen-  
en Vorteils wegen gemacht habe, um  
sich einen abhängigen Arbeiterstamm  
heranzubilden, und wies die Klage auf  
Rückgabe der vorbehaltlich eingezahlten Steuer-  
summe ab.

In Arbeiterkreisen herrscht über das wahre  
Wesen der Gelben längst kein Zweifel mehr. Die  
gerichtliche Beurteilung zeigt, daß man auch in an-  
deren Kreisen die Gelben richtig einzuschätzen weiß.

Ueber die Beschäftigung jugendlicher Fabrik-  
arbeiter beiderlei Geschlechts und von Fabrik-  
arbeiterinnen im Jahre 1909 werden in der Sta-  
tistik des Deutschen Reichs folgende Angaben ge-  
macht: In 95 304 Fabriken wurden jugendliche  
männliche und weibliche Arbeiter und in 88 889  
Anlagen erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt. Die  
Zahl der Jugendlichen betrug 458 085, darunter  
waren 11 542 Kinder unter 14 Jahren,  
und zwar 6166 Knaben und 5376 Mädchen. Die  
übrigen Jugendlichen standen im Alter von 14 bis  
16 Jahren, von ihnen waren 290 277 männlichen  
und 156 263 weiblichen Geschlechts. Gegen das  
Vorjahr ist die Zahl der beschäftigten Kinder um  
520 gesunken, die Verminderung entfällt fast aus-  
schließlich auf die Beschäftigung von Knaben, die  
Zahl der beschäftigten Mädchen hat nur um 9 ab-  
genommen. Bei den jungen Leuten zwischen 14  
bis 16 Jahren, deren Zahl gegen das Vorjahr von  
440 255 auf 446 540 gestiegen ist, entfällt  
die Zunahme hauptsächlich auf die  
jungen Mädchen, von denen 5605 mehr ge-  
zählt wurden. Von den erwachsenen Arbeiterinnen  
— 1 190 241 — waren 462 976 unter 21 Jahre alt  
und 727 265 älter. Im Vergleich zum Vor-  
jahre hat sich die Zahl der erwach-  
senen werktätigen Arbeiterinnen  
um rund 40 000 erhöht.

Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit in Eng-  
land. Das parlamentarische Committee der eng-  
lischen Gewerkschaften berief kürzlich eine Konferenz,  
ein, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit be-  
schäftigte. Fast alle angeschlossenen Organisationen  
hatten Delegierte geschickt, deren Gesamtzahl 260  
betrug. Es wurde zunächst eine Resolution angenom-  
men, die die Einführung des Achtstundentages  
für Transport- und verarbeitende Gewerbe fordert.  
Der weitergehende Vorschlag auf allgemeine  
Einführung des Achtstundentages fand keine An-  
nahme. Das Committee hatte dann vorgeschlagen,  
daß Ueberstunden in Fabriken und Werkstätten,  
mit Ausnahme von Notfällen, verboten werden  
sollen. Die Konferenz strich jedoch die einschrän-  
kenden Worte und sprach sich für Aufhebung von  
Ueberstunden in allen Gewerben aus. Ohne Dis-  
kussion beschloß man, die Regierung zur Ausfüh-  
rung der Vorschläge der Post- und Kanalcommis-  
sionen aufzufordern, die Begebauämter um  
schnellste Ausführung von Arbeiten zu ersuchen  
und dem Schatzkanzler zu empfehlen, daß alle Ein-  
nahmen aus den Landsteuern, die den Gemeinden  
zustießen, möglichst zum Bau von Bädern, Wald-  
häusern, Bibliotheken, Gemälden- und Kunstgalerien  
und ähnlicher Anstalten vorgewerket werden sollen.

Zur Frage der Arbeitslosenversiche-  
rung übergehend, verlangte die Konferenz, daß  
bei der Einführung staatlicher Versicherung den  
Trade Unions Zuschüsse gezahlt werden sollen,  
gleichviel ob diese jetzt eine Arbeitslosenunter-  
stützung eingeführt haben oder nicht. Der Nachsatz  
wurde eingefügt, um den großen Gewerksvereinen  
der ungelerten Arbeiter zu helfen, in denen ein  
Arbeitslosenunterstützungsfonds nicht eingeführt  
werden kann, weil, wie z. B. im Falle der „Dock  
and General-Workers-Union“, ständig 50 bis 80  
Prozent der Mitglieder arbeitslos sind.

An den staatlichen Arbeitsnachweisen  
wurde ziemlich starke Kritik geübt, da angeblich  
vielleicht viele Arbeitslose und Streikbrecher  
sowie Unorganisierte wegen größerer Billigkeit  
eher Arbeit finden als Trade-Unionisten. Eine  
Resolution fand jedoch schließlich Annahme, in der  
die Unterstützung der Arbeitsnachweise aus-  
gesprochen wird, wenn die Leiter derselben ihr mög-  
lichstes tun wollen, um den Ansprüchen der Ge-  
werksvereiner gerecht zu werden. Das parlamenta-  
rische Committee wurde dann noch beauftragt, den  
Premierminister über die Aussichten der Arbeits-  
losigkeits-Bill, die die Arbeiterpartei dem Parla-  
mente vorgelegt hat, zu interpellieren. Die So-  
zialisten versuchten ebenfalls von der auf der Kon-  
ferenz herrschenden Stimmung zu profitieren, in-  
dem sie die Bildung einer einzigen großen Ver-  
einigung von gelernten wie ungelerten Arbeitern,  
arbeitenden wie arbeitslosen, vorschlugen, die den  
Kampf gegen die Arbeitslosigkeit  
zum Klassenkampf gegen das kapita-  
listische System machen sollte. Diese Re-  
solution wurde jedoch gegen eine starke Minderheit  
abgelehnt.

**Gewerksvereins-Teil.**  
§ Nürnberg. Eine außerordentliche Bezirksver-  
sammlung wurde vom Geschäftsführenden Ausschuss des  
fränkischen Bezirksverbandes am Sonntag, den 20. No-  
vember nach Erlangen einberufen. Bezirksvorsitzender,  
Kollege Käfer-Nürnberg eröffnete die zahlreich be-

suchte Versammlung und begrüßte insbesondere die Vertreter der dem Verbande der Gewerbetreibenden angeschlossenen Brauervereine. Außer einer Anzahl Kollegen aus Erlangen waren Vertreter der dem Bezirksverband angeschlossenen Ortsvereine aus Nürnberg, Nürnberg, Ansbach und Roth anwesend. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Tätigkeitsbericht vom 3. Quartal sowie ein Referat des Kollegen Schnitzler über „Unsere Bewegung in Franken und wie gestalten wir unsere Winteragitation?“ Dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß das Sekretariat als Rechtsauskunftsstelle immer mehr in Anspruch genommen wird. Die Fälle, die ein Eingreifen des Sekretariats notwendig machen, beweisen die Notwendigkeit des Sekretariats als öffentliche Auskunftsstelle. Kollege Käfer gab hierauf einen Überblick über die Klassenverhältnisse, aus dem eine finanzielle Verbesserung gegenüber früherer Monate zu verzeichnen ist.

An das Referat des Kollegen Schnitzler: „Wie gestalten wir unsere Winteragitation?“ schloß sich eine rege Debatte, die allerorts im Sinne des Referenten unseren fränkischen Ortsvereinen zur Pflicht macht, unverzüglich allerorts sich mit der Jugendorganisationsfrage sowie Frauenorganisation zu beschäftigen. Eine Arbeitsänderung auf dem Sekretariat einzuführen, um mehr auf agitatorischen Gebiete tätig sein zu können, wurde dem geschäftsführenden Ausschuss zur Vorbereitung für die nächste Bezirksversammlung überwiesen.

Nach Erledigung einiger anderer Fragen, u. a. über die Befreiung der Zentralstelle für Industrie, Handel und Gewerbe, schloß Kollege Käfer mit einem Appell an die Anwesenden, trotz der wenig sachlichen Kompisart unserer Gegner den Gewerbetreibendenstandpunkt allerorts zu wahren, die gut verlaufene Bezirksversammlung.

**Wiesbaden.** Während am Sonntag, den 4. Dezember, im Saale unseres Verkehrslokales die Kollegen des Gewerbetreibenden der Fabrik- und Handarbeiter ein fröhliches Fest feierten, hatten sich die von den einzelnen Ortsvereinen gewählten Kollegen dortselbst in einem anderen Saale zusammengefunden, um dem auf unsere Zentralrats, in hiesiger Stadt eine Jugendorganisation zu gründen, nachzukommen. Obwohl ab und zu die Tangenzien zu unseren Beratungszimmer hindrängten, waren wir doch so in unsere Arbeit vertieft, daß wir nie gewisshafte und gründlich erledigten. Nach ausgedehnter Aussprache aller anwesenden Vertreter schritten wir zur Vorstandswahl. Als Vorsitzender wurde Kollege P o l a f o r s t h, als Schriftführer der Unterzeichnete, als Kassierer Kollege

N i e t h a u j u n. und endlich als II. Vorsitzender Kollege R e c h t e r gewählt. Alle Gewählten versprachen feierlich, ihr ganzes Können in den Dienst der guten Sache zu stellen. Es wurde gleichzeitig beschlossen, am 2. Feiertag, vormittags 10 Uhr ein gemeinsames Kaffeegebühren zu veranstalten, und bei dieser Gelegenheit auch auf den Zweck und die Ziele der Jugendorganisation hinzuweisen. Alle Gewerbetreibenden mit ihren Familien werden herzlich eingeladen. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten für die Zukunft besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Sitzung um 10 Uhr. W i l l y W a l t o r.

### Verbands-Teil.

#### Berlin. Disfütterklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G. & D.).

Verbandshaus der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 221-23. Wegen des Weihnachtstreffes fallen die nächsten Sitzungen aus. Erste Sitzung nach der Pause am Mittwoch, 4. Januar Generalsammlung. Wahl des Vorstandes usw. Vollständiges Erscheinen erf. — **Gewerbetreibenden-Liebetafel (G. & D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Lebnungshunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste müß. — **Sonntag, 17. Dezember. Waschinenaus- und Metallarbeiter I.** Weihnachtbesprechung in den Musikereisen, Kaiser Wilhelmstr. 18 m. **Waschinenaus- u. Metallarbeiter IV.** Abds. 8 1/2 Uhr, bei Voroder, Blücherstr. 61. Protokoll. Monatsberichte. Aufstellung eines Kandidaten zum Delegiertenkongress. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtfeier. Regulatorporto. Verschleßes. — **Waschinenaus- u. Metallarbeiter V.** Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schumacher, Salsingerstr. 126. Lichtbildervortrag des Herrn Rautenberg: „Das alte Rom unter Nero“. — **Waschinenaus- und Metallarbeiter VII.** Abds. 9 Uhr, große Weihnachtfeier mit Kinderbesprechung, Theateraufführungen und Tanzkränzen in der Bodbrauerei, Chausseest. 64. Gäste willkommen. — **Waschinenaus- u. Metallarbeiter VIII.** Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung in großer Saale des Verbandsbause, Greifswalderstr. 221/23. Beitragzahlung, Weihnachtbesprechung. — **Waschinenaus- und Metallarbeiter IX.** Abds. 8 1/2 Uhr, Weihnachtbesprechung in der Röhrl-, Brauerei, Gochstr. 24. Montag, 19. Dezember, 8-10 Uhr, Zapfabend Bötzgerstr. 22. **Rixdorf I.** (Waschinenaus- und Metallarbeiter). Sonntag, 17. Dezember, abds. 8 Uhr, Weihnachtfeier, Jubiläum und Feler des Stiftungsfestes bei Kamp, Jägerstr. 77. Ansprache des Kollegen Joseph.

### Orts- und Bezirksverbände.

**Cottbus (Disfütterklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. — **Duisburg (Disfütterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gafentaw, Friedrich Wilhelmstr., Disfütterabend. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbause, Rarkirchstr. 29, Sitzung. — **Eiberfeld-Warmen (Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterbesprechung bei Roggenkämpfer, Eiberfeld, Eulienstr. und Erholungstr.-Gde. — **Essen (Ortsverb.)** Sonntag, 18. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, Ortsverbandsversammlung im Verbandsbause, Brodhauerstr. 53. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Rechtsanwält Dr. Erdl. Vorstandswahl und anderes. — **Geiselfirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterbesprechung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Halle a. S. (Ortsverb.)** Der Disfütterabend find jed. legt Mittwoch im Monat i. Passage-Rest., Br. Braubausstr., Hall. — **Harzen b. Harzen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Disfütterabend bei Ludewig. — **Hannburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Gärtmanns Hotel, Poststr., Disfütterabend. — **Hersfeld (Disfütterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Gander, Döhrstr. — **Köln (Disfütterklub)** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr, im Restaurant „Peter Kolping“, Eifelstraße. — **Leipzig (Gewerbetreibenden-Liebetafel).** Die Lebnungshunde finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Verkehrslokal „Stadt Hannover“, Seeburstr. 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitlieder sind heral. willkommen. — **M. & Gladbach & Heydt (Ortsverband).** 18. Dezember, nachm. 5 Uhr, Ortsverbandsversammlung bei Peter Heinen, in Mönchen & Gladbach, Wallstraße. — **Mühlheim & Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterbesprechung beim Fritz Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor der Gewerbetreibenden).** Die Lebnungshunde finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind heral. wüßl. — **Tegele (Disfütterklub)** bei Tegele, Borghöhe und Reinickendorf. Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr bei Reuter, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. — **Weißenfels a. S. (Vereinsabteilung der Gewerbetreibenden).** Lebnungshunde jeder Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerbetreibendekollegen sind willkommen. — **Weißenfels (Disfütterklub der Gewerbetreibenden).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Am 5. d. M. starb nach langem und schwerem Leiden der frühere langjährige stellvertretende Vorsitzende unseres Vereins, Herr

## Hugo Kamin.

Als Mitbegründer hat er dem Vorstand von Beginn angehört und unserem Werke hingebende Tätigkeit gewidmet, bis Erkrankung seiner Arbeit ein zu frühes Ziel setzte. Ewriges Gedenden bleibt ihm in unserem Kreise gesichert.

**Verein für Volksunterhaltungen**  
Dr. James Simon.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres guten Vaters

## Hugo Kamin

sagen wir dem Zentralrat, allen Generalkräften, Ortsvereinen, Mitgliedern der Deutschen Gewerbetreibenden und den anderen Korporationen unsern herzlichsten Dank.

Berlin, im Dezember 1910.  
**Geschwister Kamin.**

**Saarbrücken (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassieren oder im Sekretariat Saarbrücken I. Am Markt 18.

**Weswall.** Durchreisende Gewerbetreibendekollegen erhalten eine Unterführung beim Verbandskassierer B e r t h, Marktstraße 60.

**Hamburg-Altona (Ortsverb.).** Die Rechtsauskunftsstelle befindet sich beim Kollegen G. D e h l e, Hamburg, Elmstr. 19, III. Sprechzeit wochentags von 6-8 Uhr abds., Sonntags von 10-12 Uhr vormittags.

### Kollegen, raucht

#### Gewerbetreibenden-Zigaretten

aus rein reifem überreifeinem Roh-tabak!

Eine jede Ortsverwaltung betrachte es als Ehrensach, gemeinsame Bestimmungen zu machen und die Zigaretten in ihrem Bekanntheitskreise zu empfehlen. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschafft!

Unterstützt Eure Kollegen und bestellt sofort Probepackung aus der **Gewerbetreibenden-Zigarettenfabrik**, r. B. m. u. S., **Sodenheim, Baden.**

**Rothensbach und Umgegend (Ortsverband).** Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerbetreibener beim Kollegen G u f f, Pichel, Bauverein Nr. 85, Rothensbach i. Sgl. Verbands-Herberge: Gasthof zum Klara-Schacht.

**Sodenheim (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen eben Befreiung erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen R o h l, Nordstr. 10.

**Jena (Ortsverband).** Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterführung bei Carl Müllner, Greifswalderstr. 2, Ecke Eberhardstraße.

Das Versandhaus **B. Feder**  
Berlin N 24, am Rosenthaler Tor  
offertiert auf Kredit

**Abteilung A:**  
Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Manufakturwaren, Teppiche, Gardin, Portier-, Wäsche, Damenhüte, Feinwaren, Schuhe u. s. w.

**Abteilung B:**  
Möbel- und Polsterwaren, kompl. Wohnungen, Einrichtungen in jeder Preislage

**Abteilung C:**  
Gerahmte Bilder, Kinderwagen, Sportwagen, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre

Verlangen Sie goll. Kataloge  
Ihr Abteilung A 544,  
Ihr Abteilung B 545,  
Ihr Abteilung C 546.

**Howawed.** Ortsverbandsgehört für durchreisende Kollegen beim Kassierer D i t s R ü h l e, Sühnowstraße 18.

Alles zusammen nur zwei Mark!

### Uhrkette, Siegelring, Portemonnaie, Kraw.-Nadel.

Nur 2 Mark kostet maltes hochfeine neue Uhrkette mit Medaillon. — **Uhrkette für 2 Mark.** (16 Kar. Gold) mit Garantiescheine. Jeder Käufer erhält dazu noch vollständig gratis eine hochfein gestempelte Fingerring mit Stein, genau wie Abb. 1 hochfeinestes schillerndes Schmuckstück mit Druckschloß und eine dinsteinige feuer.

Willkommene Amerik. Brillant-Krawattennadel. Bei Weiterverkauf von 5 und 10 Ketten in ihrem Bekanntheitskreise erhalten Sie bei 5 Ketten 1 hochfeinestes Opernglas mit Kompaß sowie ein einfacher und doppelter Vergrößerung und bei 10 Ketten 1 ganz schön gutes Glas. — **Ein alterner Resonanzstimm vollständig gratis.**

Unabhängig Dankschreiben. Damen-Kalender zum selben Preise. Lieferant höherer Beamten. Schreiben Sie sofort eine Postkarte an unseren am Zusendung per Nachb. **Richard Jülich, Berlin O 24, Abt. 21.**

### Ein neues Buch

## Lexikon des Arbeitsrechts

in Verbindung mit

Felix Claus, Hermann Vog, Hermann Luppe  
herausgegeben von Alexander Eiser.  
Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Wer sich rath über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will, findet in diesem praktischen Lexikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitersekretariate, Lokal- und Agitationskomitee der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches legen. Wegen Einföndung des Rollenpreises von 4,20 M. pro Exemplar in gutem Leinwandband erfolgt frankierter Zusendung. Das Werk ist an unsern Verbandskassierer R u d. R i e t n, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 21-23 zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.

**Stettin (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Begleiter im Werte von 1,20 M. beim Kollegen E u l i S c h m i d t, Stettin, Wolpert 22 im Laden. Die Verbandsberberge befindet sich Sühnowstraße 49 (Züger Gastwirtschaft).

**Kattowitz (O. & Sgl.).** Durchreisende Gewerbetreibendekollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgehört beim Kassierer. Kollege G e o r g S c h m e r e l, Weidstr. 11 part. (Mittags 12-1, abends nach 6 Uhr).

Zu der Veranstaltung von Weihnachtbesprechungen empfehle allen **Berliner Ortsvereinen** mein reichhaltiges Lager vorzüglicher Sonntagessen, Thierer Pfefferkuchen, sowie die feinen Pasteten, Nougat- (Hof-) und Pasteten in vorzüglichster Herstellung.

**Paul Rittkamp,**  
Konfitor und Pfefferkuchler,  
Verbandsbause  
der Deutschen Gewerbetreibenden,  
Greifswalderstraße 221-228.